

# PROTOKOLLAUSZUG

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim  
STV/016/2016-2021 vom 22.09.2017

**TOP 8 Antrag der Fraktionen CDU und SPD vom 18. Juni 2017 betr.  
wiederkehrende Straßenausbaubeiträge  
Vorlage: A-143/2016-2021**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und SPD vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird gebeten die Erhebung sogenannter „wiederkehrender Straßenausbaubeiträge“ soweit vorzubereiten, dass eine neue Satzung zum 01.01.2019 beschlossen werden könnte. Zur Unterstützung der Verwaltung kann ein Fachbüro beauftragt werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten die Bürgerinnen und Bürger zu gegebener Zeit im Rahmen von Informationsveranstaltungen bei der Frage einer Einführung der neuen Beitragsform mit einzubinden.
3. Eine beschlussfähige Satzung ist dem Haupt- und Finanzausschuss im September 2018 und der Stadtverordnetenversammlung spätestens im November 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Weiterhin liegt folgender Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

4. Ab sofort keinen Neubeginn von beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen durchzuführen (Ausschreibung der Gewerke gilt als Beginn).
5. Noch im Jahr 2017 eine Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Thema durchzuführen.
6. Durchführung eines Bürgerentscheides zu der Frage: „Sollen im Sinne wiederkehrender Straßenbaubeiträge diese regelmäßig auf alle Bürger umgelegt werden?“ (Solidarprinzip)“

StV Ulrich Sann berichtet aus der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

STV Eckard Hafemann erläutert den Ergänzungsantrag.

Es besteht Einvernehmen, analog zum Verfahren im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt einzeln über die Punkte abzustimmen.

STV Peter Alexander beantragt namentliche Abstimmung zu Punkt 4.

1. Der Magistrat wird gebeten die Erhebung sogenannter „wiederkehrender Straßenausbaubeiträge“ soweit vorzubereiten, dass eine neue Satzung frühestens zum 01.01.2019 beschlossen werden könnte. Zur Unterstützung der Verwaltung kann ein Fachbüro beauftragt werden.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

2. Die Verwaltung wird gebeten die Bürgerinnen und Bürger nach Kenntnis der Datenlage im Rahmen von Informationsveranstaltungen bei der Frage einer Einführung der neuen Beitragsform mit einzubinden.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

3. Eine beschlussfähige Satzung ist dem Haupt- und Finanzausschuss möglichst im September 2018 und der Stadtverordnetenversammlung möglichst im November 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

4. Ab sofort keinen Neubeginn von beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen durchzuführen (Ausschreibung der Gewerke gilt als Beginn).

Stadtverordnetenvorsteherin Anja Sames-Postel ruft die Stadtverordneten zur namentlichen Abstimmung auf:

Mit „Ja“ stimmen folgende Stadtverordnete:

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster, Horst Biadala, Hans Happel, Peter Alexander, Malek Yacoub, Klaus-Dieter Gimbel, Sabine Scheele-Brenne, Fadi Touma, Wilken Gräf, Angelika Bartosch, Dominic Tamme, Ulrich Kuhn, Eckart Hafemann, Simone van Slobbe-Schneider, Reimar Stenzel und Jörg Bieszczak

Mit „Nein“ stimmen folgende Stadtverordnete:

Anja Sames-Postel, Matthias Jung, Reinhard Peter, Reiner Leidich, Sonya Can, Bodo Marsteller, Lorenz Diehl, Ulrich Engel, Prof. Dr. Helge Stadelmann, Malke Aydin, Markus Hutzfeld, Hans-Joachim Lohrey, Falk Jean Schardt, Bettina Jost, Andreas Schuch, Ulrich Sann, Björn Feuerbach, Erich Klotz, Fabian Schäfer und Sebastian Jung.

Stadtverordnetenvorsteherin Anja Sames-Postel teilt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wie folgt mit:

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
16 Ja-Stimmen  
20 Nein-Stimmen

5. Noch im Jahr 2017 eine Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Thema durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
16 Ja-Stimmen (12 SPD, 4 Grüne)  
20 Nein-Stimmen (13 CDU, 5 FW, 2 FDP)

6. Durchführung eines Bürgerentscheides zu der Frage: „Sollen im Sinne wiederkehrender Straßenbaubeiträge diese regelmäßig auf alle Bürger umgelegt werden? (Solidarprinzip)“

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
4 Ja-Stimmen (4 Grüne)  
32 Nein-Stimmen (13 CDU, 12 SPD, 5 FW,  
2 FDP)